

1. Beiblatt

Beiblatt zur Parlamentskorrespondenz

24. Juni 1952

454/A.B.

zu 488/J

Anfragebeantwortung

In Beantwortung einer Anfrage der Abg. W i m b e r g e r und Genossen, betreffend Arbeitsmangel in der Steinindustrie, führt Bundesminister für Handel und Wiederaufbau B ö c k - G r e i s s a u aus:

Mit den in diesem Jahre zur Verfügung stehenden, relativ bescheidenen finanziellen Mitteln ist die Bundesstrassenverwaltung nicht in der Lage, in grösserem Umfang schwere Fahrbahndecken (Pflasterdecken) auszuführen, obwohl sie sich bewusst ist, dass Steinpflasterdecken zu den dauerhaftesten Fahrbahnbelägen zählen. Die Bundesstrassenverwaltung ist im Hinblick auf die finanzielle Situation und auf die grossen Anforderungen des modernen Kraftfahrverkehrs dermalen vielmehr genötigt, einen grossen Teil der Strassenstrecken mit leichten Belägen zu versehen, um die Staubplage zu bekämpfen und um den Strassenzustand so bald wie möglich in rasch wirksamer Art - dabei oft nur behelfsmässig - zu verbessern. Immerhin werden aber auch in diesem Jahr in zwingenden Fällen Steinpflasterungen bei einigen Ortsdurchfahrten und Steilstrecken sowie für Fahrbahnbegrenzungen zur Anwendung kommen und auf den Ausbaustrecken auch Strassenbord, Leisten- und Leisteine aus bearbeiteten Natursteinen verwendet werden.

Eine Kürzung des diesjährigen Bauumfanges zugunsten der Steinindustrie bei gleichbleibenden Gesamtmitteln erscheint nicht möglich, weil sie die Einstellung einer grösseren Anzahl ebenfalls wichtiger Baudurchführungen zur Folge hätte und weil hiedurch auf dem Bausektor eine Vermehrung der Arbeitslosigkeit zu gewärtigen wäre.

Ich habe übrigens noch vor dem Datum der Anfrage in Linz mit einer vielsköpfigen Delegation der oberösterreichischen Steinindustrie persönlich verhandelt und veranlasst, dass ein namhafter Teil der Katastrophenreserve des Strassenbaues für Bestellungen an die oberösterreichische Steinindustrie verwendet wird. Damit habe ich nahezu mehr getan, als ich aus anderen Gesichtspunkten verantworten kann.

Eine wirksame Hilfe für die Steinindustrie könnte nur dadurch erreicht werden, dass der Bundesstrassenverwaltung zusätzliche Geldmittel für solche Baudurchführungen zur Verfügung gestellt werden, bei denen aus technischen und wirtschaftlichen Gründen die Verwendung von Erzeugnissen der Steinindustrie in grösserem Umfange erforderlich wäre.

Zusammenfassend stelle ich fest, dass ich die äusserste Vorsorge, die in meiner Befugnis liegt, bereits getroffen habe, dass ich aber mit den Mitteln meines Ressorts leider nicht in der Lage bin, die Sicherung der Vollbeschäftigung in der Steinindustrie zu gewährleisten.

-.-.-